

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

25. März 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 20.03.13 kam es in der südafghanischen Provinz Helmand zu gewaltsamen Protesten nach einer angeblichen Koranschändung. Dabei sollen 15 Menschen durch Schüsse getötet und mehr als 20 verletzt worden sein. Ein Polizist wurde im Distrikt Musa Qala unter dem Verdacht festgenommen, einen Koran verbrannt zu haben. Am 21.03.13 starb der Gouverneur des Distrikts Eskamish in der nordafghanischen Provinz Takhar bei einem Bombenanschlag; zwei seiner Leibwächter wurden getötet, zwei verwundet. Am 22.03.13 überfielen Kämpfer der Taliban mehrmals NATO-Versorgungskonvois, die von Pakistan aus nach Afghanistan unterwegs waren. Dabei wurden bei der pakistanischen Stadt Jamrud ein Tankwagenfahrer getötet und zwei verletzt. In der pakistanischen Stadt Peshavar haben die Taliban einen LKW angegriffen, der ein gepanzertes Nato-Fahrzeug beförderte. Dabei wurden drei Menschen verletzt. Am 23.03.13 töteten Regierungstruppen bei einem Einsatz im Distrikt Wardusch der nordostafghanischen Provinz Badakhshan mindestens 51 Taliban-Kämpfer. Im Februar waren dort mehrere afghanische Soldaten von Taliban getötet oder entführt worden (vgl. BN v. 11.03.13). In der südlichen Provinz Kandahar starben am 23.03.13 bei der Explosion einer Landmine vier Kinder; zwei weitere wurden verletzt.

Pakistan

Neuwahlen am 11.05.13

Staatspräsident Zardari teilte am 20.03.13 mit, dass der offizielle Wahltermin zur Nationalversammlung auf den 11.05.13 festgelegt wurde. Voraussichtlich werden auch die Wahlen zu den Provinzparlamenten am selben Tag stattfinden.

Am 25.03.13 wurde der pensionierte Richter Mir Hazar Khan Khoso als Regierungschef der neutralen Übergangsregierung von Staatspräsident Zardari vereidigt. Die Mitglieder seiner Regierung waren bereits in der vergangenen Woche von der Wahlkommission gewählt worden. Die Aufgabe der Übergangsregierung wird es sein, neutral die Regierungsgeschäfte für die Interimszeit bis zur Neuwahl einer Regierung zu führen.

Am 24.03.13 kehrte der Ex-Präsident und Ex-General Pervez Musharraf nach Pakistan zurück. Zwar laufen einige Strafverfahren gegen ihn, allerdings wurden die damit verbundenen Haftbefehle gegen Kautionsaussetzung. Musharraf ist Vorsitzender der Partei All Pakistan Muslim League. Er beabsichtigt, für seine Partei bei den Wahlen zu kandidieren. Die pakistanischen Taliban kündigten Attentate gegen Musharraf an.

34 Tote bei zwei Anschlägen in Provinz Khyber Pakhtunkhwa

Am 22.03.13 wurden im Lager Jalozai bei Peshawar 17 Menschen von einer Autobombe getötet und 28 verletzt. Es handelt sich um ein Lager für interne Vertriebene. Der Anschlag fand nahe einer Verteilungsstelle für Lebensmittel des World Food Programme statt. Ein Sprecher der pakistanischen Taliban namens Ehsanullah Ehsan bestritt eine Verwicklung seiner Organisation.

Am 22.03.13 wurde der Kontrollposten Esha rd. 15 km östlich von Miramshah, Verwaltungszentrum des FATA-Gebiets Nord-Waziristan, von einem Selbstmordattentäter angegriffen. Die Todeszahl stieg bis 24.03.13 auf 17. Ferner gab es 40 Verletzte. Der Kontrollposten, der mit Angehörigen einer paramilitärischen Einheit und Hilfspolizei besetzt war, wurde weitgehend zerstört. Bislang hat sich niemand zur Tat bekannt.

10 Tote bei Anschlag in Provinz Belutschistan

Am 22.03.13 explodierte ein auf einer Rikscha deponierter Sprengsatz auf einem Markt in Dera Allahyar, einem Ort im Jaffarabad-Distrikt der Provinz Belutschistan. Es kamen zehn Menschen ums Leben. Ferner gab es 37 Verletzte. Die Täter sind bisher unbekannt.

Irak

Sicherheitslage

Es kommt weiterhin zu Anschlägen mit Toten und Verletzten.

So wurden am 19.03.13 bei Bombenanschlägen mindestens 56 Menschen getötet, mehr als 200 sollen verletzt worden sein. Betroffen waren insbesondere schiitische Stadtviertel von Bagdad. Der irakische Zweig der al-Qaida bekannte sich zu den Anschlägen.

Wegen der schlechten Sicherheitslage sagte die Regierung die für den 20.04.13 geplante Provinzratswahl in den mehrheitlich von Sunniten bewohnten Provinzen Anbar und Ninive ab. Die Wahlen sollen in sechs Monaten nachgeholt werden.

Syrien

Oppositionschef al-Chatib tritt zurück

Der Chef des wichtigsten syrischen Oppositionsbündnisses, der im November 2012 gegründeten Syrischen Nationalen Koalition, Ahmed Moas al-Chatib, trat am 24.03.13 zurück. Seine Gruppierung nahm den Rücktritt nicht an. Chatib begründete seinen Schritt mit Enttäuschung über die Fähigkeit des Bündnisses, den Widerstand gegen die Regierung Assads voranzubringen. Auch die mangelnde internationale Unterstützung der Personen, die das Regime stürzen wollten, und dass die Opposition zu einem Dialog mit dem Regime gedrängt werde, kritisierte Chatib.

Arabische Liga überträgt syrischen Sitz an Opposition

Die Arabische Liga übertrug in Katar am 24.03.13 offiziell den Sitz für Syrien an die syrische Gegenregierung. Der am 19.03.13 zum Ministerpräsidenten der neuen Gegenregierung gewählte Ghassan Hitto wurde von Katars Ministerpräsidenten zur Teilnahme an den Treffen der Arabischen Liga aufgefordert.

Alawiten rufen zum Sturz Assads auf

Am 24.03.13 riefen Mitglieder der alawitischen Religionsgruppe (etwa 10% der Bevölkerung), der auch Bashar al-Assad angehört, bei einem Oppositionstreffen zu seinem Sturz auf. Sie richteten ihren Appell an das syrische Militär, dessen Offizierskorps Alawiten dominieren.

Jordanischer Grenzübergang erobert

Am Abend des 24.03.13 eroberten Rebellen nach eigenen Angaben den wichtigsten Grenzübergang nach Jordanien, Nasib bei Daraa. Die Rebellen sollen bis zu 90 % des Grenzstreifens zu Jordanien beherrschen, hatten bis dahin jedoch keinen Grenzübergang in der Hand.

Bombenanschlag in Damaskus

Am 21.03.13 starben bei einem Bombenanschlag in der Imam-Moschee in Damaskus mindestens 49 Personen, u.a. der regimetreue Scheich Mohammed al-Buti. Zur Tat bekannte sich niemand, das syrische Außenministerium macht die Terrororganisation al-Qaida dafür verantwortlich.

UNO untersucht möglichen Einsatz chemischer Waffen

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon kündigte an, die UNO werde den Vorwurf des Einsatzes chemischer Waffen untersuchen, den sich Regierung und Rebellen gegenseitig machen. Chemische Waffen sollen am 19.03.13 in Aleppo eingesetzt worden sein.

Türkei

Erdogan will auf Waffenstillstandsangebot der PKK eingehen

Der türkische Ministerpräsident Erdogan reagierte am 22.03.13 positiv auf den Aufruf zur Waffenruhe des kurdischen Rebellenchefs Abdullah Öcalan. Er erklärte, das türkische Militär werde seine Einsätze gegen die PKK einstellen, wenn diese ihren bewaffneten Kampf beende. PKK-Kämpfer würden zudem bei einem möglichen Rückzug in den Norden des Iraks nicht angegriffen.

Der seit 1999 inhaftierte Anführer der verbotenen kurdischen Untergrundorganisation PKK, Abdullah Öcalan, hatte nach Verhandlungen mit der Regierung am 21.03.13 die PKK zu einer Waffenruhe aufgerufen. Nach türkischen Presseberichten hieß es in seiner Erklärung, die anlässlich des kurdischen Neujahrsfests in Diyarbakir von einem kurdischen Abgeordneten in Kurdisch und Türkisch vor etwa 250.000 Menschen verlesen wurde u.a., es sei „Zeit, die Waffen schweigen zu lassen“ und die Türkei zu verlassen. Des Weiteren „Die Zeit ist gekommen, um der Politik den Vorrang zu geben.“ Der rund 30-jährige Konflikt müsse politisch gelöst und die Tür für einen demokratischen Prozess aufgestoßen werden. „Wir sind in einem Stadium angekommen, in dem sich unsere bewaffneten Elemente aus der Türkei zurückziehen sollten“, erklärte Öcalan in dem Papier sowie: „Das ist nicht das Ende, das ist der Beginn einer neuen Ära.“ Öcalan formulierte keine konkreten Forderungen, verlangte aber ein Ende der Diskriminierung der Kurden. Dies könnte durch einen Passus in der neuen Verfassung geregelt werden.

Der militärische Oberbefehlshaber der PKK, Murat Karayilan, kündigte an, dass die PKK Öcalans Aufruf folgen wolle und bestätigte am 23.03.13 die Waffenruhe.

Anschläge in Ankara

Am 19.03.13, zwei Tage vor der erwarteten Ausrufung eines Waffenstillstands der PKK, detonierten in Ankara gegen 21 Uhr zwei Sprengsätze. Nach Pressemeldungen seien zwei Handgranaten auf einen Anbau des Justizministeriums geworfen und eine Granate auf die Parteizentrale der Regierungspartei AKP abgefeuert worden. Bei den Anschlägen seien zwei Personen leicht verletzt worden. Zu den Attentaten bekannte sich am 20.03.13 die linksextremistische Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C).

Diese Partei, die von der Türkei, der EU und den USA seit Jahren als terroristische Vereinigung eingestuft wird, hatte früher mit der PKK zusammengearbeitet. Sie hätte bei einer Verständigung der PKK mit der türkischen Regierung derzeit kaum etwas zu gewinnen. Anfang Februar sprengte sich ein Mitglied der DHKP-C in einem Nebengebäude der US-Botschaft in Ankara in die Luft und riss einen türkischen Wachmann mit in den Tod. Seit Januar 2013 haben türkische Sicherheitskräfte über 100 Personen bei Razzien gegen die linksextreme Organisation festgenommen.

Westjordanland/EU

EU-Finanzhilfe für das Westjordanland

Die EU hat der palästinensischen Autonomiebehörde sieben Millionen Euro für soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den israelisch kontrollierten Gebieten zur Verfügung gestellt. Die EU-Außenbeauftragte Ashton betonte am 19.03.13 in Brüssel, diese Gebiete seien von „entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit Palästinas“.

Libanon

Regierung tritt zurück

Der libanesischer Ministerpräsident Nadschib Mikati trat nach einem Streit mit seinem Koalitionspartner, der Hizbollah, am 22.03.13 zurück. Er hatte sich mit der Schiitenorganisation nicht auf eine Wahlaufsichtsbehörde für die Wahlen am 09.06.13 und über die Verlängerung der Amtszeit des Geheimdienstchefs Ascharf Rifi einigen können.

Iran

Tochter Rafsanjanis aus der Haft entlassen

Eine der prominentesten Gefangenen in Iran, Faezeh Hashemi-Rafsanjani (51), ist nach sechs Monaten Haft am 19.03.13 aus dem Teheraner Evin-Gefängnis entlassen worden. Zugleich wurde sie mit einem fünfjährigen politischen Betätigungsverbot belegt. Faezeh Rafsanjani war im Herbst 2012 „wegen Anstiftung und Propaganda gegen das System“ zu einer Haftstrafe verurteilt worden, weil sie sich nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl 2009 auf die Seite des Reformers Mir Hossein Moussavi gestellt hatte. Moussavi befindet sich seit Jahren unter Hausarrest.

Libyen

Premierminister verurteilt Anwendung von Scharia und kündigt Bestrafung Verantwortlicher an

Am 17.03.13 reagierte Premierminister Ali Zidan auf einer Pressekonferenz auf ein Video, welches in den sozialen Netzwerken verbreitet wurde und die Auspeitschung von fünf jungen Männern durch bärtige Bewaffnete in Sirte zeigt. Er verurteilte diese Anwendung der Scharia und kündigte an, die Verantwortlichen zu verfolgen und auf das Schärfste zu bestrafen. Die Stadt Sirte ist der Heimatort Gaddafis und wurde als einer der letzten Ortschaften von der Herrschaft seiner Anhänger befreit.

Somalia

Selbstmordanschlag in Mogadischu

Bei einem Selbstmordanschlag kamen nach Angaben aus Polizeikreisen am 18.03.13 nahe dem Präsidentenpalast sieben Zivilisten, drei Sicherheitsleute der Regierung sowie der Attentäter ums Leben. Chalif Ahmed Ilig, Sicherheitschef von Mogadischu, dem der Anschlag gegolten haben soll, wurde schwer verletzt. Die islamische al-Shabaab-Miliz bekannte sich zur Tat.

Steinigung wegen Homosexualität unbestätigt

Nach unbestätigten und möglicherweise falschen Facebook-Postings einer Gruppe namens Somali Queer Community soll am 15.03.13 ein homosexueller Jugendlicher in der Stadt Barawe südlich von Mogadischu auf Veranlassung der al-Shabaab zu Tode gesteinigt worden sein. Weiteren unbestätigten Angaben eines angeblichen Vertreters der al-Shabaab zufolge soll dem 18-Jährigen vorgeworfen worden sein, einen 13-Jährigen zum Geschlechtsverkehr gezwungen zu haben.

DR Kongo/Ruanda

Bosco Ntaganda an den Internationalen Strafgerichtshof überstellt

Am 22.03.13 wurde der desertierte kongolesische Armeegeneral Bosco Ntaganda, Gründer der ostkongolesischen Rebellenorganisation M23, von Ruandas Hauptstadt Kigali aus per Flugzeug an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag überstellt. Ntaganda hatte am 18.03.13 in der amerikanischen Botschaft in Kigali Zuflucht gesucht und seine Auslieferung an den IStGH begehrt. Ntaganda war aus der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu über die Grenze nach Ruanda geflüchtet, nachdem die mit ihm verbündete M23-Fraktion dort am 16.03.13 einen gewaltsamen Machtkampf mit anderen Teilen der M23 verloren hatte.

Der in Ruanda geborene Ntaganda wird vom IStGH aufgrund zweier internationaler Haftbefehle von 2006 und Juli 2012 wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Er soll als Kommandeur von Militäroperationen des militärischen Flügels FPLC („Patriotische Front für die Befreiung des Kongo“) der Rebellenorganisation UPC („Union kongolesischer Patrioten“) im nordöstlichen Distrikt Ituri der DR Kongo während des Bürgerkrieges in den Jahren 2002 und 2003 Kinder unter 15 Jahren zwangskrutierte und diese in Kampfhandlungen eingesetzt haben. Wegen eines ähnlichen Vorwurfes war im Juli 2012 bereits Thomas Lubanga, Präsident der UPC und Oberbefehlshaber der FPLC, vom IStGH zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Zudem wird Ntaganda vorgeworfen, u.a. an der Ermordung von mindestens 800 Dorfbewohnern der Ethnie der Lendu und anderer Personen, die nicht zur Ethnie der Hema gehören, beteiligt

gewesen zu sein. Weitere Vorwürfe sind die Beteiligung an Vergewaltigungen und am Missbrauch von Frauen und Mädchen als Sexsklavinnen sowie die Verfolgung von Zivilisten aus ethnischen Gründen.

DR Kongo

Rebellenangriff auf Lubumbashi

Am 23.03.13 sind mittags etwa 300 bewaffnete Angehörige der Mai-Mai-Miliz „Bakata-Katanga“ (Abtrennung von Katanga in Swahili), die für die Unabhängigkeit von Kongos rohstoffreicher (Kupfer, Kobalt) südlicher Provinz Katanga eintreten, in Katangas Hauptstadt Lubumbashi einmarschiert. Sie griffen eine Armee-Kaserne und den Sitz des Provinzgouverneurs an, nach anderen Angaben den Sitz des Parlaments. Der Angriff wurde von Regierungstruppen abgewehrt. Laut Regierungsangaben wurden etwa 15 Angreifer getötet. Die UN spricht von mindestens 35 Toten.

Anschließend gingen die Milizangehörigen zum Stützpunkt der UN-Friedensmission MONUSCO in Lubumbashi, wo 245 von ihnen ihre Waffen (AK-47-Sturmgewehre, Raketenwerfer, Lanzen, Pfeile, Messer und mehrere Hieb-, Stich- und Stoßwaffen) übergaben. Die Milizangehörigen, darunter laut UNICEF 77 Kinder, wurden den kongolesischen Behörden übergeben. Sie sollen in die Hauptstadt Kinshasa geflogen werden.

Kamerun

Menschenrechtsverletzungen durch Verfahren wegen Homosexualität

Human Rights Watch und drei lokale Menschenrechtsorganisationen dokumentieren in einem am 21.03.13 erschienenen Bericht zehn von insgesamt 28 Fällen strafrechtlicher Verfolgung von Homosexualität, die seit 2010 bekannt geworden sind. Kamerun gehört zu den Ländern, die Homosexualität weltweit am stärksten verfolgen. Meist kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Erzwingung von Geständnissen, Verweigerung eines Rechtsbeistands und Diskriminierung.

Zentralafrikanische Republik

Rebellen übernehmen die Macht

Ein seit Monaten schwelender Konflikt zwischen der Rebellenallianz Séléka und der Regierung eskalierte am Wochenende mit der Einnahme der Hauptstadt Bangui durch die Rebellen. Am 24.03.13 eroberten sie dort den Präsidentenpalast. Präsident Bozizé soll ins Ausland geflohen sein.

Der Aufstand begann im Dezember 2012, als die Rebellenallianz der Regierung vorwarf, frühere Friedensvereinbarungen nicht eingehalten zu haben. Die den Norden und Osten des Landes kontrollierenden Rebellen drangen im Januar bis vor die Hauptstadt vor. Nach dem Einsatz u.a. französischer und südafrikanischer Truppen schlossen sie mit der Regierung am 11.01.13 einen Friedensvertrag und wurden Anfang Februar an der Regierung beteiligt. Die Rebellen warfen der Regierung nun Verstöße gegen die jüngsten Friedensvereinbarungen sowie die Bildung bewaffneter, präsidententreuer Jugendmilizen vor.

Nach Verlautbarungen vom 25.03.13 erklärte sich Rebellenführer Michel Djotodia zum neuen Staatsoberhaupt. Die Rebellen würden sich an das Friedensabkommen vom Januar halten. Auch solle Premierminister Nicolas Tiangaye im Amt bleiben. Innerhalb von drei Jahren sollten demokratische Wahlen stattfinden.

Togo

Verschärfung des Mediengesetzes verfassungswidrig

Das Verfassungsgericht erklärte in einer Entscheidung vom 20.03.13 mehrere Bestimmungen einer erst am 19.02.13 verabschiedeten Änderung des Mediengesetzes für verfassungswidrig. Sie hatten der Medienaufsichtsbehörde u.a. das Recht eingeräumt, ohne vorherige richterliche Entscheidung togoischen Medien Lizenzen zu entziehen oder sie auszusetzen.

Am 12.03.13 waren aus Protest gegen das Gesetz mehrere private Zeitungen nicht erschienen, mehrere private Rundfunksender hatten anstelle ihres normalen Programmes nur Musik gesendet. Am 14.03.13 hatten

Sicherheitskräfte vor dem Präsidentenpalast in Lomé eine Kundgebung von Reportern gegen das Gesetz gewaltsam aufgelöst.

Nigeria

Viele Tote bei Anschlag auf Busse in Kano

Am 18.03.13 ramnten gegen 17 Uhr auf einem Busbahnhof in Nordnigerias größter Stadt Kano zwei Selbstmordattentäter mit einem mit Sprengstoff beladenen Auto einen vollbesetzten Überlandbus. Dieser explodierte. Insgesamt sollen fünf Busse zerstört worden sein. Laut Polizeiangaben wurden beim Attentat 22 Personen getötet und 65 verletzt. Ein Rettungshelfer berichtete dagegen von mindestens 41 Toten und 44 Verletzten. Der Angriff erfolgte an der New Road im Stadtviertel Sabon Gari von Kano, das mehrheitlich aus Südnigeria zugewanderte Christen bewohnen. Zum Anschlag hat sich bisher niemand bekannt.

25 Tote bei Angriff auf Ganye

Laut Polizeiangaben attackierten am Abend des 22.03.13 Unbekannte in der Stadt Ganye (an der Grenze zu Kamerun, Hauptstadt der gleichnamigen Local Government Area, nordöstlicher Bundesstaat Adamawa) u.a. das Gefängnis, die Polizeistation, eine Bar und eine Bank mit Bomben, Panzerfäusten und Maschinengewehren. Hierbei wurden 23 Zivilisten, ein Polizist und ein Gefängniswärter getötet. Die Bank wurde ausgeraubt; alle 127 Gefängnisinsassen konnten flüchten. Zu den Tätern gibt es bisher keine Erkenntnisse.

Mali

Weitere Gefechte im Norden

In Timbuktu gab es in der Nacht zum 21.03.13 erneut heftige Gefechte zwischen radikal-islamistischen Kämpfern und französischen sowie malischen Soldaten. Etwa zehn Islamisten seien bei dem Versuch, in den Flughafen der Stadt einzudringen, getötet worden, teilte der französische Generalstab in Paris mit.

In Gao versuchten Islamisten am 23.03.13 zweimal, die Stadt von verschiedenen Seiten zu erobern. Beide Offensiven wurden zurückgeschlagen.

Aserbaidshen

Langjährige Haftstrafe für Journalist und Herausgeber einer Oppositionszeitung

Am 10.03.13 wurde Avaz Zeynally, Herausgeber der Oppositionszeitung Khural Daily, zu neun Jahren Haft verurteilt. Er ist seit Oktober 2011 inhaftiert. Er wurde wegen Erpressung verurteilt, nachdem eine Parlamentsangehörige der Regierungspartei ihn wegen Bestechung angezeigt hatte. Die Anzeigerstatlerin wurde später selbst wegen eines Betrugs angeklagt.

Indien

Härtere Strafen für Sexualstraftäter

Das Parlament billigte härtere Strafen für Sexualstraftäter. Die maximale Haftstrafe wurde von zehn auf zwanzig Jahre heraufgesetzt. Vergewaltigern, deren Opfer an den Verletzungen gestorben sind sowie Wiederholungstätern droht nun die Todesstrafe. Gruppenvergewaltigung gilt künftig als gesondertes Delikt. Auch Voyeurismus, Stalking, Säureattacken und Menschenhandel werden als eigene Straftatbestände geführt. Die Erweiterung des Strafrechts betrifft zudem unterlassene Hilfeleistung. Polizisten und Krankenhausmitarbeitern drohen bis zu zwei Jahren Haft, wenn sie einem Vergewaltigungsoffer nicht helfen oder dessen Vorwürfe nicht verfolgen. Kritisiert wurde allerdings, dass Vergewaltigung in der Ehe nicht auch unter Strafe gestellt wurde.

Sri Lanka

Land soll Menschenrechtsverletzungen untersuchen

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) hat am 21.03.13 eine Erklärung zur Aufarbeitung der Verbrechen in der letzten Phase des Bürgerkrieges in Sri Lanka verabschiedet. Das Land soll eine „unabhängige und glaubwürdige“ Untersuchung der Geschehnisse veranlassen, die Mai 2009 zur militärischen Zerschlagung der Rebellen der Tamil Tigers of Eelam (LTTE) geführt hatten. Sowohl den Rebellen als auch der Armee werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Der LTTE: Zivilisten zwangsrekrutiert, als menschliche Schutzschilde missbraucht und sie gezwungen zu haben, im umkämpften Gebiet zu bleiben. Den Sicherheitskräfte: die sog. No-Fire-Zone, in die Hunderttausende von Zivilisten geflüchtet waren, mit schwerer Artillerie beschossen und internationale Hilfsorganisationen an humanitärer Unterstützung gehindert zu haben. Laut Schätzungen der Vereinten Nationen wurden während der letzten Kämpfe rund 40.000 Personen, meist tamilische Zivilisten, getötet.

Myanmar

Unruhen zwischen Buddhisten und Muslimen

Ein Streit zwischen einem muslimischen Goldhändler und buddhistischen Kunden löste am 20.03.13 in der Stadt Meik(h)tila (Mandalay Division) mehrtägige schwere Unruhen aus. Über die Stadt mit etwa 180.000 Einwohnern, darunter 30 Prozent Muslime, wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Am 22.03.13 rief Präsident Thein Sein den Ausnahmezustand über Meiktila aus und entsandte Militär. Bis zum 23.03.13 beruhigte sich die Lage. Zahlreiche Gebäude, darunter mehrere Moscheen, wurden niedergebrannt. Nach offiziellen Angaben starben mindestens 32 Menschen, Tausende wurden vertrieben. Schätzungsweise 6.000 Muslime sollen in einem lokalen Fußballstadion Zuflucht gefunden und Klöster bis zu 2.000 Schutzsuchende aufgenommen haben.

In der Nacht zum 24.03.13 brach auch im etwa 50 Kilometer von Meiktila entfernten Ort Yamethin Gewalt zwischen Muslimen und Buddhisten aus. Mehr als 40 Häuser und eine Moschee wurden in Brand gesteckt.

Dies sind die schwersten Unruhen, seit im Juni und Oktober 2012 bei schweren Ausschreitungen zwischen buddhistischen Rakhine und muslimischen Rohingya im Rakhine State etwa 170 Menschen getötet und mehr als 100.000 vertrieben wurden.